

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 22.08.2012

**um 17:45 Uhr bis 20:40 Uhr in Remscheid, Engelbertstraße 1, Heinrich-Neumann-
Schule - Städtische Förderschule und Schule f. Kranke**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Wilhelm Korff

Stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Hans H. Rehbein

Bezirksvertreterin

Frau Margot Halbach
Frau Filomena Merten
Frau Jutta Wilke

Bezirksvertreter

Herr Stefan Grote
Herr Dierk Martz
Herr Harald Mohr
Herr Paul Uwe Schabla
Herr Bernd F. W. Störmer
Herr Klaus Wetzel

Ratsmitglied

Frau Waltraud Bodenstedt
Herr Thomas Kase
Frau Elfriede Korff
Frau Elke Rühl

bis 19:50 Uhr - TOP 20

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

von der Polizei

Herr Karl-Heinz Sehnke

Zuhörer

Herr Hans-Jürgen Behrendt

GEWAG Remscheid

von der Verwaltung

Herr Heinrich Ammelt

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und
Wirtschaft

Herr Gerald Hein

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 30.05.2012
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 4 Entwicklung im Wohnraumbestand der GEWAG Remscheid im Gebiet Mixsiepen
- Mdl. Bericht der GEWAG Remscheid
- 5 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 6.1 Beschädigtes Geländer der Brücke Lenneper Straße nach Verkehrsunfall
- 6.2 Baum- und Strauchschnitt in der Engelbertstraße in Höhe des Eingangsbereichs zum Kuckuck
- 6.3 Verlängerung der Parkspur Burger Straße vor der Bushaltestelle (hinter Einmündung Bliedinghauser Straße)
- 7 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1 Zeitlich befristetes Haltverbot in der Sedanstraße in Höhe der Häuser Nr. 87 und Nr. 89
- Anfrage Herr Schabla
- 10.2 Bebauungsplan Johann-Vaillant-Platz
- Mitteilung Herr Grote
- 10.3 Abgebranntes Gebäude an der Burger Straße
- Anfrage Herr Rehbein
- 10.4 Warenverkauf in Kiosken an Sonntagen
- Anfrage Herr Martz

- 10.5** Veranstaltungen im Freibad Eschbachtal
- Mitteilung Herr Grote
- 10.6** Müllaufkommen unterhalb der Lenneper Straße in Höhe der Bushaltestelle Intzeplatz (Fahrtrichtung Lenneper)
- Mitteilung Frau Rühl
- 11** 14/2056 Errichtung einer Sekundarschule in Remscheid am Schulstandort Rosenhügel zum Schuljahr 2013/2014
- 12** 14/2178 Erweiterung des zulässigen Zeitraums für das Abbrennen von Martinsfeuern
- 13** Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld
- 13.1** 14/1851 Eingabe "Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld" vom 16.02.2012
- 13.2** 14/1753 Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld
- 13.3** 14/1989 Haltverbotszone in der Straße Auf dem Knapp, gegenüber Haus Nr. 31
- 13.4** 14/2028 Verkehrssituation in der Straße Auf dem Knapp zwischen Häusern Nr. 30 und Nr. 34
- 14** 14/2034 BP 640 - Gebiet: Erich-Thienes-Straße
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)
2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)
- 15** 14/2203 Verwendung der Nahverkehrspauschale
- 16** 14/2076 Prüfauftrag M 10/262 zum Haushalts sicherungskonzept, hier: Leuchtenabschaltung innerhalb/außerhalb geschlossener Ortschaften
- 17** 14/2139 Berechnung von Schutzzeiten an Lichtzeichenanlagen
- 18** 14/2142 Anordnungen nach den §§ 29, 45 der Straßenverkehrsordnung bei Veranstaltungen
- 19** 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen
- 20** 14/1994 Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof
1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
2. Entscheidung über Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
3. Beschluss über die Rahmenplanung

- | | | |
|-----------|---------|--|
| 21 | 14/2199 | Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 599 - Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen
<ol style="list-style-type: none">1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)2. Entscheidung über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 Abs. 1 BauGB)3. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB) |
| 22 | 14/2050 | Gutachten zu den Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Remscheid (Kommunales Einzelhandelskonzept); Vorstellung des Gutachtens und Beteiligung der Öffentlichkeit für das Stadtgebiet |
| 23 | 14/2053 | <ol style="list-style-type: none">1. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gebiet nordwestlich der Autobahn A 1, Buscher Hof, südöstlich der Straße Felder Höhe und südwestlich Lüttringhauser Straße; Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung für das Stadtgebiet, frühzeitige Behördenbeteiligung, Abstimmung mit den Nachbargemeinden und Landesplanerische Anpassung |
| 24 | 14/2235 | Bebauungsplan Nr. 655 - Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße
<ol style="list-style-type: none">1. Aufnahme in die Aufgabenliste2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB) |

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegt per Nachtrag zugestellt die Drucksache 14/2235 vom 16.08.2012 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegt der Bezirksvertretung per Tischvorlage eingebracht die vollständige Anlage zur Drucksache 14/2076 vom 11.06.2012 zur Beratung vor, nachdem diese Übersicht mit der Einladung zur Sitzung auf Grund eines technischen Fehlers nur auszugsweise übersandt worden ist.

Herr Grote stellt im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer den Antrag, die Beratung zur Drucksache

- 14/2235
Bebauungsplan Nr. 655 - Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße
 1. Aufnahme in die Aufgabenliste
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)

wegen Beratungsbedarf zurück zu stellen.

Herr Korff lässt daraufhin über die Aufnahme der Drucksache 14/2235 in die Tagesordnung und die beantragte Zurückstellung der Beratung hierzu abstimmen.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 14/2235
Bebauungsplan Nr. 655 - Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße
 1. Aufnahme in die Aufgabenliste
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)

erweitert.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung stellt ihre Beratung zur Drucksache

- 14/2235
Bebauungsplan Nr. 655 - Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße
 1. Aufnahme in die Aufgabenliste
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
 3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)

zurück.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 30.05.2012

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

4. Entwicklung im Wohnraumbestand der GEWAG Remscheid im Gebiet Mixsiepen - Mdl. Bericht der GEWAG Remscheid

Auf Bitten der Bezirksvertretung berichtet Herr Behrendt über die Entwicklung des Wohnungsbestandes der GEWAG Remscheid im Bereich Mixsiepen (Vömix) und erläutert die Hintergründe für die von dem Unternehmen durchgeführten und noch ins Auge gefassten Maßnahmen zur Sanierung der Gebäude und der Anpassung des Wohnraums an die heutigen Wohnbedürfnisse. In seiner Berichterstattung geht Herr Behrendt auf einzelne Projekte näher ein und stellt am Beispiel vor, wo Gebäude einer energetischen Sanierung unterzogen, wo Wohnungen durch Erneuerung der Böden, durch Modernisierung von Küchen und Bädern oder auch durch Veränderungen des Grundrisses bis hin zur Zusammenlegung von zwei kleineren zu einer größeren Wohnung an die heutigen Standards angepasst wurden und wo man die Wohnqualität durch den Anbau von Balkonen habe steigern können. Bei diesen Überlegungen sei man – so Herr Behrendt – grundsätzlich auch darum bemüht, den Wohnraum dort, wo es möglich sei, beispielsweise durch den Einbau von Liftanlagen barrierefrei zu gestalten.

An dieser Stelle stellt Behrendt heraus, dass die GEWAG ihr Maßnahmen- und Finanzierungskonzept regelmäßig darauf ausgerichtet habe und ausrichte, dass auch der sanierte und modernisierte Wohnraum im Bereich Mixsiepen (Vömix) für die Mieterin / den Mieter noch bezahlbar ist.

Die Bezirksvertretung nimmt die Berichterstattung der GEWAG Remscheid zur Kenntnis.

5. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Beschädigtes Geländer der Brücke Lennepers Straße nach Verkehrsunfall

Herr Hein teilt mit, dass die Verwaltung die Reparatur des Brückengeländers der über die Eisenbahnstrecke führenden Brücke Lennepers Straße, das infolge eines Verkehrsunfalls stark beschädigt worden sei, umgehend beauftragen werde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information zur Kenntnis.

6.2. Baum- und Strauchschnitt in der Engelbertstraße in Höhe des Eingangsbereichs zum Kuckuck

Herr Hein greift den Hinweis auf eine in der Engelbertstraße im Bereich des Wendeplatzes in Höhe des Zugangs zur Grün- und Freizeitanlage Kuckuck lagernde, größere Menge an Baum- und Strauchschnitt auf und berichtet, dass die hier zuständige Stelle der Deutschen Bahn AG auf Nachfrage der Verwaltung eine umgehende Beseitigung dieses Materials in Aussicht gestellt habe.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information zur Kenntnis.

6.3. Verlängerung der Parkspur Burger Straße vor der Bushaltestelle (hinter Einmündung Bliedinghauser Straße)

Herr Hein kündigt an, dass man die seinerzeit zum Schutz der Gehwegplatten vor weiteren Beschädigungen durch widerrechtlich aufparkende Fahrzeuge auf dem Gehweg der Burger Straße niedergelegten Findlinge in Kürze gegen gestalterisch ansprechende Betonblöcke austauschen werde. Hierbei werde man sich auf die für besagten Schutz zwingend notwendige Anzahl an Blöcken beschränken.

Frau Rühl bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu der von Anliegern vorgetragene Frage, ob es nicht vielleicht möglich ist, auf die Installation der beschriebenen, bei den Anliegern auf wenig Akzeptanz stoßenden Betonblöcke zu verzichten und stattdessen zusätzlichen Parkraum zu schaffen, beispielsweise über die bereits ins Gespräch gebrachte Verlängerung der vorhandenen Parkspur.

Herr Grote erinnert in diesem Zusammenhang an den der Verwaltung bereits erteilten Auftrag zur Prüfung der Frage, ob es vielleicht möglich ist, die Kosten der Herstellung von zusätzlichen Stellplätzen in Verlängerung besagter Parkspur zu senken, indem die Verwaltung die in Rede stehenden baulichen Maßnahmen mit eigenen Arbeitskräften ausführt und hierfür von Dritten finanzierte Materialien verwendet.

Herr Hein nimmt zu den Ausführungen Stellung und verweist hier auf die in der vergangenen Sitzung zur Beratung vorgelegte Drucksache 14/1939, in der die Verwaltung die einzelnen Verfahrensschritte aufgezeigt habe, die man aus ihrer Sicht ergreifen müsste, um die in Rede stehende Maßnahme über Sponsoring realisieren zu können. Wie Herr Hein hierzu anmerkt, handele es sich bei diesen Überlegungen nach Einschätzung der Verwaltung durchaus um einen aufwendigen und auch nicht alltäglichen Vorgang.

Zu dem von Herrn Grote vorgetragenen Denkansatz der Ausführung besagter Maßnahme in Eigenleistung mit gesponserten Materialien merkt Herr Hein an, dass die Fachverwaltung in den vergangenen Jahren Personaleinsparungen wie auch Einsparungen im Bereich der Unterhaltungsmittel habe hinnehmen müssen mit der Folge, dass man jetzt in zunehmendem Maße nur noch Kleinst- und zwingend erforderliche Ausbesserungsmaßnahmen ausführen könne. Da es sich bei der hier angesprochenen Maßnahme aber aus fachlicher Sicht um ein aufwendigeres und größeres Objekt mit Arbeiten im öffentlichen Verkehrsraum handele, komme die Verwaltung im Ergebnis ihrer Prüfung zu dem Schluss, dass ein solches Projekt wirtschaftlich nicht machbar sei, weil auch hier bei der Stadt Personalkosten anfallen würden.

Diese Stellungnahme der Verwaltung wird auf Bitten von Frau Rühl zu Protokoll genommen.

Herr Störmer weist darauf hin, dass nach seinen Beobachtungen auf besagtem Parkstreifen oftmals Fahrzeuge über einen längeren Zeitraum zum Parken abgestellt werden und damit diesen Raum für andere Verkehrsteilnehmer langfristig blockieren. Vor diesem Hintergrund sieht Herr Störmer in einer weiteren zeitlichen Einschränkung der maximal zulässigen Parkdauer einen möglichen Lösungsansatz, um der hier offenkundig bestehenden Nachfrage nach Parkraum beispielsweise für kurzfristige Besorgungen ein Stück weit entgegen zu kommen und damit zugleich auch den bestehenden Einzelhandelsstandort zu stärken. Herr Störmer schlägt deshalb vor, die Verwaltung um Prüfung zu bitten, ob der maximal zulässige Zeitraum für das Abstellen von Fahrzeugen zum Parken auf besagter Parkspur auf 30 Minuten festgesetzt werden kann.

Herr Korff stellt diesen Vorschlag zum Abschluss der Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst darüber hinaus folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die maximal zulässige Parkdauer auf der Parkspur an der Burger Straße, Höhe Einmündung Bliedinghauser Straße auf 30 Minuten festgesetzt werden kann.

7. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**10.1. Zeitlich befristetes Haltverbot in der Sedanstraße in Höhe der Häuser Nr. 87 und Nr. 89
- Anfrage Herr Schabla**

Herr Schabla richtet noch einmal im Namen der CDU-Fraktion die Bitte an die Verwaltung zu prüfen, ob man die Geltungsdauer des in der Sedanstraße in Höhe der Häuser Nr. 87 und Nr. 89 eingerichteten Haltverbots aus den bereits dargelegten Gründen auf den Zeitraum von 07:00 Uhr bis 18:00 Uhr beschränken könnte.

**10.2. Bebauungsplan Johann-Vaillant-Platz
- Mitteilung Herr Grote**

Herr Grote spricht die im Juli diesen Jahres erfolgte frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung zu dem Bebauungsplan Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz und die von der Verwaltung in diesem Rahmen vorgestellten 2 alternativen Planentwürfe an und hält in einer persönlichen Erklärung fest, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung nach seiner Erinnerung seinerzeit versichert habe, dass die örtlichen Verhältnisse auf dem Johann-Vaillant-Platz im Bereich der in Rede stehenden Außengastronomie des hier mit einer Filiale ansässigen Bäckereibetriebes so, wie sie sich heute darstellen, als Ist-Zustand festgeschrieben würden und dass sie - die Verwaltung - jederzeit in der Lage sei, auf etwa sich abzeichnende neue Entwicklungen zu reagieren und Einfluss zu nehmen. Ebenso sei festgehalten worden, dass mit Ausnahme der von der Baumaßnahme betroffenen Fläche keine weiteren Stellplätze entfallen würden. Dies beinhalte auch, dass diejenigen Stellplätze, die der Bäckereibetrieb im Zuge seines Neubauvorhabens auf dem Grundstück nachweisen müsse, auch weiterhin für die Öffentlichkeit zur Nutzung zugänglich seien und nicht etwa nach Fertigstellung der Baumaßnahme ausschließlich für Fahrzeuge des Unternehmens oder seiner Kunden reserviert werden könnten.

Herr Grote betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass er davon ausgehe, dass die von ihm hier beschriebenen Aussagen der Verwaltung, denen er besondere Bedeutung beimesse, auch weiterhin in vollem Umfang ihre Gültigkeit behalten werden.

Auf Wunsch von Herrn Grote werden diese Ausführungen zu Protokoll genommen.

**10.3. Abgebranntes Gebäude an der Burger Straße
- Anfrage Herr Rehbein**

Herr Rehbein spricht noch einmal das nach einem Brandereignis im März diesen Jahres als einsturzgefährdet geltende, leer stehende Gebäude einer ehemaligen Zangenfabrik an der Burger Straße an und weist darauf hin, dass man hier, nachdem die notwendigen Sicherungsmaßnahmen vorgenommenen worden seien, bis heute keine Veränderung der Zustände mehr habe feststellen können.

Dem gegenüber sieht Herr Rehbein jedoch dringenden Handlungsbedarf insoweit, als zu beobachten sei, dass die Absperrung dieses Raumes für Fußgänger regelmäßig ignoriert und dass sich auch häufig Personen in dem Gebäude selbst aufhalten würden. Auch sei von Anwohnern bereits darüber Klage geführt worden, dass infolge der geänderten Verkehrsführung in diesem Straßenabschnitt gleich mehrere Stellplätze zum Parken von Fahrzeugen entfallen seien.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Auf Vorschlag von Herrn Korff fasst die Bezirksvertretung nach Aussprache folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen und darauf hinzuwirken, dass der öffentliche Verkehrsraum der Burger Straße in dem hier angesprochenen Streckenabschnitt, notfalls auch im Wege eines (Teil-) Abbruchs des beschädigten Gebäudes, wieder in seinen ursprünglichen, ordnungsgemäßen Zustand versetzt und damit die Sicherheit in diesem Bereich wieder hergestellt wird.

**10.4. Warenverkauf in Kiosken an Sonntagen
- Anfrage Herr Martz**

Herr Martz greift eine Aussage der Verwaltung auf, wonach es den Kiosken zukünftig untersagt sein soll, nach Ladenschluss und insbesondere sonntags bestimmte Waren zu verkaufen und bittet die Verwaltung um Auskunft, auf welche Rechtsgrundlage sie ihre Auffassung stützt.

Herr Korff empfiehlt Herrn Martz, diese Frage wegen ihrer grundsätzlichen, über den Stadtbezirk Süd hinausgehenden Bedeutung zweckmäßigerweise in dem hier zuständigen Fachausschuss des Rates der Stadt erörtern zu lassen.

Herr Martz stimmt der empfohlenen Verfahrensweise zwar grundsätzlich zu, weist aber zugleich darauf hin, dass auch Kioske im Stadtbezirk Süd von besagter Regelung betroffen sind, und bittet deshalb die Verwaltung darum, ihre Stellungnahme an den Fachausschuss gleichzeitig auch der Bezirksvertretung zukommen zu lassen.

**10.5. Veranstaltungen im Freibad Eschbachtal
- Mitteilung Herr Grote**

Herr Grote lädt die Mitglieder der Bezirksvertretung im Namen des Fördervereins Eschbachtal e.V. für den 02.09.2012 zum Familienfest – einer Veranstaltung von Sportverwaltung und Förderverein – sowie für den 15.09.2012 zur offiziellen Eröffnung der diesjährigen Modellschiffparade ins Freibad ein.

**10.6. Müllaufkommen unterhalb der Lenneper Straße in Höhe der Bushaltestelle Intzeplatz (Fahrtrichtung Lenneper)
- Mitteilung Frau Rühl**

Frau Rühl berichtet von Müll und Unrat, der sich nach ihren Beobachtungen auf und neben den Bahngleisen wie auch auf der Zuwegung zur Grün- und Freizeitanlage Kuckuck unterhalb der Lenneper Straße (Höhe Haltestelle Intzeplatz – FR Lenneper) angesammelt habe und richtet die Bitte an den Bezirksbürgermeister, sich bei zuständiger Stelle dafür einzusetzen, dass hier eine Säuberung vorgenommen wird.

11. Errichtung einer Sekundarschule in Remscheid am Schulstandort Rosenhügel zum Schuljahr 2013/2014
Vorlage: 14/2056

Herr Schabla stellt heraus, dass die CDU-Fraktion besonderen Wert darauf lege, dass die neu errichtete Sekundarschule in ihrem zukünftigen Namen die Bezeichnung „Rosenhügel“ mit führt, und regt an, hierzu eine entsprechende Empfehlung abzugeben.

Herr Wetzel bittet die Verwaltung um Auskunft, ob und gegebenenfalls mit welcher Schule inzwischen ein Kooperationspartner der Sekundarstufe II gefunden worden ist.

Herr Korff stellt nach Aussprache die Empfehlung der CDU-Fraktion zur zukünftigen Namensführung der Sekundarschule als Anregung an den Rat der Stadt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst darüber hinaus folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd richtet die Bitte und Empfehlung an den Rat der Stadt darauf hinzuwirken, dass die mit dem vorläufigen Namen „Städtische Sekundarschule Remscheid – Schule der Sekundarstufe I“ errichtete Schule in ihrem zukünftigen Namen die Bezeichnung „Rosenhügel“ mit führt.

12. Erweiterung des zulässigen Zeitraums für das Abbrennen von Martinsfeuern
Vorlage: 14/2178

Der der Drucksache 14/2178 beigefügte Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Durchführung von Brauchtumsfeuern im Stadtgebiet Remscheid vom 15.03.2005 wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Durchführung von Brauchtumsfeuern im Stadtgebiet Remscheid wird gemäß Anlage 1 geändert.

13. Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld

Herr Mohr stellt im Namen der SPD-Fraktion zu dem hier aufgeworfenen Fragenkomplex fest, dass das in Rede stehende Haltverbot aus Sicht der Fraktion, auch nach den von ihr im Zuge einer Ortsbesichtigung gewonnenen Erkenntnissen, seine Berechtigung habe. Des Weiteren berichtet Herr Mohr, dass man im Zuge der Ortsbesichtigung einen neben der Straße unterhalb (nördlich) der Einfahrt auf das Firmengelände der HAHNREITER PRÄZISION Werkzeugfabrik, Auf dem Knapp 34, gelegenen Grünstreifen vorgefunden habe, den man möglicherweise als Fläche zum Parken von Fahrzeugen herrichten könnte, um so einen gewissen Ausgleich für die infolge der Einrichtung des besagten Haltverbots entfallenen Stellplätze zu schaffen. Daher sei den interessierten Anliegern nach Meinung der SPD-Fraktion anzuzurufen, mit dem Eigentümer dieser Fläche vielleicht einmal Kontakt aufzunehmen und in einem gemeinsamen Gespräch zu erörtern, ob und inwieweit man sich gegebenenfalls auf privatrechtlicher Ebene auf eine solche Parkraum-Lösung verständigen kann. Ergänzend hierzu merkt Herr Mohr an, dass aus Sicht der SPD-Fraktion mit Blick auf die sehr gute Anbindung des Gewerbegebietes Ueberfeld an das Netz des ÖPNV in dem ein oder anderen Fall vielleicht auch die Fahrt mit dem Linienbus der Nutzung des eigenen Pkws vorzuziehen wäre.

Herr Schabla schließt sich im Namen der CDU-Fraktion diesen Ausführungen uneingeschränkt an.

Herr Korff unterbricht die Sitzung um 19:07 Uhr kurzzeitig und gibt einer Zuhörerin Gelegenheit, sich zu dem in Rede stehenden Sachverhalt zu äußern.

Die Zuhörerin stellt sich als Anwohnerin der Ortschaft Ueberfeld vor und berichtet, dass sich die von ihr als oftmals sehr gefährlich eingestufte Verkehrslage in dem hier angesprochenen Streckenabschnitt der Straße Auf dem Knapp nach ihrer Wahrnehmung nach Einführung des Haltverbots doch deutlich entspannt habe. Ebenso sei festzuhalten, dass nunmehr die Ortschaft Ueberfeld jederzeit mit Fahrzeugen erreicht werden könne. Die sei nach ihren Beobachtungen vor Einführung des Haltverbots nicht immer der Fall gewesen.

Herr Rehbein übernimmt um 19:10 Uhr kurzzeitig den Vorsitz.

Frau Bodenstedt gibt zu Protokoll, dass sie die Verfahrensweise der Behandlung der vorliegenden Eingaben im politischen Raum als äußerst misslich und auch für die Petenten sehr unbefriedigend empfinde. So habe die Beschwerdekommision, der sie als Mitglied angehöre, bereits im Mai diesen Jahres über diese Eingaben in aller Ausführlichkeit beraten und dem Haupt- und Finanzausschuss im Ergebnis empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen, die im Zuge dieser Beratung entwickelten Lösungsansätze im Einzelnen auf ihre Machbarkeit hin zu untersuchen. Der Haupt- und Finanzausschuss habe diese Prüfaufträge aber nicht erteilt, sondern die Angelegenheit zur weiteren Beratung an die Bezirksvertretung 2 – Süd überwiesen. Die Bezirksvertretung wiederum stehe nun – so zeichne sich nach ihrer Einschätzung das heutige Beratungsergebnis ab – auf dem Standpunkt, dass die Unternehmen selbst die Initiative ergreifen und auf privatrechtlicher Basis zu einer Lösung des angesprochenen Parkraumproblems finden sollten. Damit ende das formale Eingabeverfahren, ohne dass man mit einer fachlichen Beurteilung und Bewertung auf die erwähnten Lösungsansätze näher eingegangen wäre. Nach ihrem Verständnis könne ein Petent aber zu recht erwarten, dass man sich mit seinem Anliegen umfassend und ausführlich auseinandersetzt.

(siehe hierzu auch die Punkte 13.1 bis 13.4)

- 13.1. Eingabe "Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld" vom 16.02.2012
Vorlage: 14/1851**

(Beratung hierzu siehe Punkt 13)

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

- 13.2. Parkplatzsituation im Gewerbegebiet Ueberfeld
Vorlage: 14/1753**

(Beratung hierzu siehe Punkt 13)

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

- 13.3. Haltverbotszone in der Straße Auf dem Knapp, gegenüber Haus Nr. 31
Vorlage: 14/1989**

(Beratung hierzu siehe Punkt 13)

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

- 13.4. Verkehrssituation in der Straße Auf dem Knapp zwischen Häusern Nr. 30
und Nr. 34
Vorlage: 14/2028**

(Beratung hierzu siehe Punkt 13)

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

- 14. BP 640 - Gebiet: Erich-Thienes-Straße**
- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB)**
 - 3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)**
- Vorlage: 14/2034**

Die der Drucksache 14/2034 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen; der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, die Stellungnahme des Landschaftsbeirates, die Stellungnahme der

Versatel GmbH, der Bebauungsplan Nr. 329 A, der Bebauungsplan Nr. 640 sowie die Entscheidungsbegründung – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 640 – Gebiet: Erich-Thienes-Straße - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 30.03.2012 bis einschließlich 04.05.2012 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die Öffentlichkeit hatte in dieser Zeit die Gelegenheit sich über die Ziele der Planung zu informieren und dazu Stellung zu nehmen. Dem entsprechenden Ergebnisbericht (Anlage) wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 30.03.2012. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB) Baugesetzbuch i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 640 - Gebiet: Erich-Thienes-Straße - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen (Anlage). Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt (Anlage). Den redaktionellen Ergänzungen der Begründung wird - entsprechend ihrer Darstellung in der Begründung zur Beschlussvorlage zugestimmt. Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des BP 640 wird der Teilbereich des BP 329 A der durch das Plangebiet des BP 640 überdeckt wird, verdrängt.

15. Verwendung der Nahverkehrspauschale Vorlage: 14/2203

Die der Drucksache 14/2203 beigefügte Tabelle mit einer Auflistung der zur Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2012 vorgesehenen Maßnahmen wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vorgesehene Verwendung der ÖPNV-Pauschale für das Jahr 2012 wird gemäß beigefügter Tabelle beschlossen.

**16. Prüfauftrag M 10/262 zum Haushaltskonzept, hier: Leuchtenabschaltung innerhalb/außerhalb geschlossener Ortschaften
Vorlage: 14/2076**

Herr Schabla stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, die Beratung zu dem hier angesprochenen Thema der Leuchtenabschaltung innerhalb wie auch außerhalb geschlossener Ortschaften wegen Beratungsbedarf in der Fraktion zurück zu stellen.

Herr Korff regt ergänzend hierzu an, dem Rat der Stadt zu empfehlen, seine Entscheidung bis zum Vorliegen des Votums der Bezirksvertretung ebenfalls zurück zu stellen.

Herr Korff stellt daraufhin den entsprechend ergänzten Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd stellt ihre Beratung zur Drucksache

- 14/2076
Prüfauftrag M 10/262 zum Haushaltskonzept, hier: Leuchtenabschaltung innerhalb/außerhalb geschlossener Ortschaften

zurück.

An den Rat der Stadt richtet die Bezirksvertretung 2– Süd die Bitte und Empfehlung, seine Beratung zu dieser Drucksache ebenfalls zurück zu stellen und das Votum der Bezirksvertretung hierzu abzuwarten.

**17. Berechnung von Schutzzeiten an Lichtzeichenanlagen
Vorlage: 14/2139**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

18. Anordnungen nach den §§ 29, 45 der Straßenverkehrsordnung bei Veranstaltungen
Vorlage: 14/2142

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

19. Handlungsprogramm Wohnen
Vorlage: 14/1534

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

20. Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof
1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
2. Entscheidung über Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
3. Beschluss über die Rahmenplanung
Vorlage: 14/1994

Herr Grote favorisiert im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer die Variante C und richtet deshalb die Bitte und Empfehlung an die Verwaltung, ihre weiteren Überlegungen und Planungen für eine zukünftige städtebauliche Entwicklung des Plangebietes Ostbahnhof auf diese Variante auszurichten.

Herr Schabla spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für eine Freihaltung und damit Sicherung der Trassen für eine B 229 n wie auch eine K 3 n aus und bittet deshalb die Verwaltung darum, dieses Merkmal der Trassensicherung in ihre weiteren Überlegungen und Planungen mit einzubeziehen.

Herr Ammelt nimmt zu den Ausführungen Stellung und geht auf die hier angesprochenen Inhalte der Rahmenplanung noch einmal näher ein. Hinsichtlich des geäußerten Wunsches nach Trassensicherung für eine B 229 n / K 3 n weist Herr Ammelt auf die in vorliegender Drucksache im Anhang zum Rahmenplan in Blatt 12 hierzu bereits enthaltenen Darstellungen und Bezeichnungen hin und erläutert, welche Wirkung diese Kennzeichnungen entfalten.

Die der Drucksache 14/1994 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, der Ergebnisbericht zur frühzeitigen Behördenbeteiligung sowie die Konzeption der Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Die Bezirksvertretung schließt ihre Aussprache mit der einmütigen Empfehlung, die weiteren Überlegungen und Planungen für eine zukünftige städtebauliche Entwicklung des Plangebietes Ostbahnhof auf die Variante C mit dem Merkmal einer Freihaltung und damit Sicherung der Trassen für eine B 229 n und eine K 3 n auszurichten.

Darüber hinaus fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)
-

Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (Planaushang vom 07.02.2011 bis 25.02.2011, Informationsveranstaltung am 16.02.2011) zur Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind zu unterrichten.

2. Entscheidung über Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
-

Über die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung (Anschreiben vom 03.02.2011) zur Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 2 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

3. Beschluss über die Rahmenplanung
-

Die Rahmenplanung für den Bereich Ostbahnhof dient in der beigefügten Fassung (Anlage 3) als Grundlage für die zukünftige städtebauliche Entwicklung des Plangebietes. Abweichungen von den Zielen der Planung bedürfen der Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses unter Beteiligung der Bezirksvertretung Süd.

21. **Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 599 - Gebiet Lennepor Straße, Mixsiepen**
 1. **Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
 2. **Entscheidung über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 Abs. 1 BauGB)**
 3. **Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)****Vorlage: 14/2199**

Herr Korff unterbricht die Sitzung um 20:15 Uhr kurzzeitig und gibt einer anwesenden Bürgerin Gelegenheit, zu dem in Rede stehenden Bebauungsplanverfahren Fragen zu stellen.

Herr Ammelt nimmt zu den Fragen der Bürgerin Stellung.

Die der Drucksache 14/2199 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die frühzeitige Behördenbeteiligung, der Planentwurf zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr.

599, die Entwurfsbegründung zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 599, die Berichte und Gutachten zu den Umweltauswirkungen, den Altlasten und den schalltechnischen Untersuchungen sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 11 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 599 – Gebiet Lennepers Straße, Mixsiepen – hat in der Zeit vom 25.06.2012 bis einschließlich 13.07.2012 stattgefunden.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

2. Entscheidung über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (§ 4 Abs. 1 BauGB)

Über die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung (Anschreiben vom 18.06.2012) zur Teilaufhebung des Bebauungsplan Nr. 599 – Gebiet Lennepers Straße, Mixsiepen – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

3. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Der Planentwurf zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 599 – Gebiet Lennepers Straße, Mixsiepen – wird mit der Begründung und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen (Anlagen 2, 3 und 4) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind

- der Offenlagebeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 599,
- Ort und Dauer der Auslegung,
- Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind,
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und

- dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

**22. Gutachten zu den Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Remscheid (Kommunales Einzelhandelskonzept); Vorstellung des Gutachtens und Beteiligung der Öffentlichkeit für das Stadtgebiet
Vorlage: 14/2050**

Herr Korff teilt die Kritik von Herrn Martz an der hier gewählten Vorgehensweise der Verwaltung, die Bezirksvertretung erst nach der Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses zu beteiligen, und richtet an dieser Stelle noch einmal die eindringliche Bitte an die Verwaltung, auch in Fällen äußerster Dringlichkeit zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass die Bezirksvertretung beispielsweise über eine kurzfristige Unterrichtung des Bezirksbürgermeisters oder auch auf andere geeignete Weise von dem in Rede stehenden Sachverhalt Kenntnis erhält, bevor der Entscheidungsträger hierzu seine Entscheidung trifft.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**23. 1. Änderung des Flächennutzungsplanes - Gebiet nordwestlich der Autobahn A 1, Buscher Hof, südöstlich der Straße Felder Höhe und südwestlich Lüttringhauser Straße; Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung für das Stadtgebiet, frühzeitige Behördenbeteiligung, Abstimmung mit den Nachbargemeinden und Landesplanerische Anpassung
Vorlage: 14/2053**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**24. Bebauungsplan Nr. 655 - Gebiet südlich Burger Straße, östlich Bliedinghauser Straße
1. Aufnahme in die Aufgabenliste
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
3. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans (§ 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB)
Vorlage: 14/2235**

(zurückgestellt !)

gez. _____
Wilhelm Korff
Bezirksbürgermeister

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer

Für den Punkt 13 auch:

gez. _____
Hans H. Rehbein
Stellv. Bezirksbürgermeister